



ROTE Spritze

Zeitung der DKP Trier & SDAJ Trier für die Beschäftigten im Gesundheitswesen



Dass sich was ändern muss in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen ist allen klar! Nur was soll sich konkret verändern? Was könnte junge Menschen dazu bewegen Pflegeberufe zu ergreifen? Was müsste passieren, dass Menschen nicht aus den Pflegeberufen abwandern, sondern sich sogar überlegen, wieder in die Pflege zurückzukehren? Was würde die Arbeitsbedingungen verbessern? Was würde dazu führen, dass der Personalnotstand beendet werden kann?

Zur Beantwortung dieser Fragen gründete sich vor anderthalb Jahren das Bündnis Pflegeaufstand, kurz „Pfausta“, in Rheinland-Pfalz. Das Bündnis wuchs sehr schnell an und fand Teilnehmer*innen in vielen Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen aus gewerkschaftlich aktiven oder auch schlichtweg wütenden Pflegekräften. Aber auch politische Organisationen wie die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) oder die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) und Interessenverbände wie

der Hebammen-Landesverband aus Rheinland-Pfalz unterstützen das Bündnis. Alle gemeinsam wollen auch außerhalb von Tarifverhandlungen um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, mehr Anerkennung und gesellschaftliche Veränderungen kämpfen.

Ein Aufstand muss her

Da sich aus den vielen Gesprächen zwischen Politik und Krankenhausverbänden sowie aus den Spahn'schen Reformen der letzten Jahre keine Verbesserung der Situation ergab, war für das Bündnis von Anfang an klar, dass der Aufstand geprobt werden muss, um sich ernsthaftes Gehör zu verschaffen. Und wo findet ein richtiger Aufstand am besten statt: auf der Straße!

Deswegen sollte der Auftakt des Pflegeaufstandes eine große Demonstration am 08.03.2021, dem internationalen Frauenkampftag, sein. Dieser Tag war allen Bündnisteilnehmer*innen wichtig, weil der Pflegeberuf bekanntlich immer noch von einer überwiegenden Anzahl an Frauen ausgeführt

wird. Das liegt nicht daran, dass Frauen den Beruf „besser können“ oder „von Natur her dafür geeignet“ sind, wie manche Männer immer noch glauben, sondern an den bestehenden männer-dominierten bzw. sogenannten patriarchalen Strukturen unserer Gesellschaft, in der Dienstleistungen aus dem Fürsorgebereich (sog. Care-Arbeit) bewusst Frauen zugeordnet werden. Eben diese patriarchalen Gesellschaftsverhältnisse führen dann auch dazu, dass diese Berufe nachweislich schlechter bezahlt werden, als Berufe in denen überwiegend Männer arbeiten. Das betrifft nicht nur die „Krankenschwester“, sondern auch beispielsweise die „Putzfrau“, die „Kinderärztin“, die „Vorzimmerdame“, die „Arzthelferin“ oder das „Fräulein“ im Einzelhandel.

Forderungen auch abseits von Tarifverhandlungen

Die Corona-Pandemie mit ihren Lockdowns machte der Planung einer großen Demo am 08.03.2021 einen Strich durch die Rechnung. Deswegen wurde ein neues Datum gesucht und sich auf einen Termin möglichst kurzfristig vor der Bundestagswahl geeinigt, um den Druck auf die zur Wahl antretenden Parteien möglichst zu erhöhen.

Der 08.03. sollte aufgrund seiner Wichtigkeit für das Bündnis jedoch nicht ohne Aktion bleiben, sodass eine deutlich abgespeckte Demonstration mit jeweils einer vertretenden Person pro Krankenhaus, Pflegeeinrichtung oder unterstützender Organisationen stattfinden konnte.

Stellvertretend für ihre Belegschaften zogen also 55 Pflegekräfte und 13 Vertreter*innen ihrer jeweiligen unterstützenden Organisationen in einer langen Schlange laut und bunt durch Mainz. Hierunter befanden sich auch Vertreter aus dem Kreiskrankenhaus Saarburg, dem Brüderkrankenhaus Trier und aus der DKP Trier. In einer abschließenden Kundgebung konfrontierten die Demonstrant*innen die Vertreter*innen der Landtagsparteien SPD, CDU, Grüne und FDP mit folgenden Forderungen für grundlegende Verbesserungen im Gesundheitswesen:

1. Mehr Personal und verbindliche Personalvorgaben
2. Keine Pflegefachperson darf mehr alleine im Dienst sein
3. Tarifliche Bezahlung für alle (Berufsgruppen) und deutlich mehr Gehalt
4. DRG-Fallpauschalsystem abschaffen; stattdessen bedarfsgerechte Finanzierung und eine solidarische Pflegegarantie für die Altenpflege.

„Wir fordern nicht nur Brot, sondern auch die Rosen“, ergänzte die Kinderfachpflegerin Julia Stange, eine Bündnis-Initiatorin der ersten Stunde, gegenüber den Politiker*innen: „Wir streiten nicht nur für einen guten Lohn, sondern auch für menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen.“



Grundlegende Veränderung durch gemeinsames Kämpfen

Der Auftakt war gemacht, das Bündnis erlangte zunehmende Bekanntheit und Beliebtheit bei den Beschäftigten des Gesundheitswesens. Es folgten Fernsehauftreitte und Zeitungsinterviews einzelner Sprecher*innen des Bündnisses und mit großem Engagement wurde an der Vorbereitung der eigentlichen Pflegeaufstand-Demonstration am 11.09.2021, also zwei Wochen vor der Bundestagswahl, gearbeitet.

Mit über 500 Teilnehmer*innen aus Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und unterstützenden Verbänden war die Demonstration dann auch ein großer Erfolg. In kämpferischen Reden gab es scharfe Ansagen und die oben genannten Forderungen an die Politik seitens der Gewerkschaft ver.di und wütender Krankenhausbeschäftiger.

Bemerkenswerterweise entblödeten sich Vertreter*innen der etablierten Parteien von SPD und Grüne sowie der arbeitgeberfreundliche Präsident der Pflegekammer nicht mal, mit keinem Wort einzustehen, dass ihre Politik in der Vergangenheit Wegbereiter eines gewinnorientierten Gesundheitssystems war bzw., dass sie gar nicht ernsthaft daran interessiert sind, dies zu verändern. Verwundert hatte das niemanden, da das Grundproblem ein

kapitalistisches System ist, indem, egal unter welcher Partei, in den letzten Jahrzehnten Soziales immer nur abgebaut, immer mehr „an die Wirtschaft gedacht“ wurde und der „Markt alles regeln“ sollte.

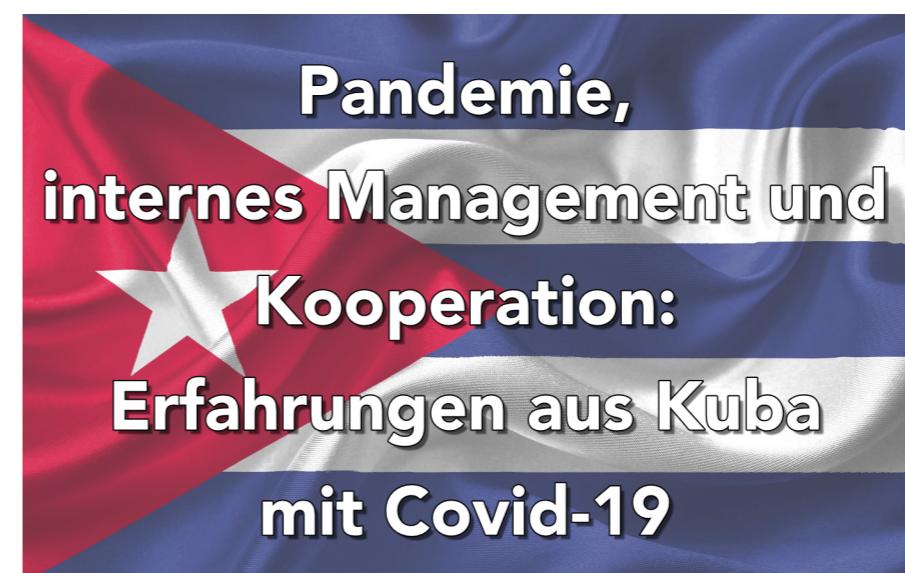
Mit wenig Hoffnung also, dass sich durch eine Bundestagswahl und dem Regierungswechsel innerhalb der etablierten Parteien viel verändern wird, sind sich alle im Bündnis Pflegeaufstand sicher: Es muss eine grundlegende gesellschaftliche Veränderung im Gesundheitssystem her und die lässt sich nur durch anhaltendes, gemeinsames Kämpfen erreichen, weswegen für Sommer 2022 bereits die nächste Großdemonstration in Planung ist.

Simon B., Saarburg

Wie mitmachen?

Du bist Beschäftigte/r im Gesundheitswesen und willst das Bündnis unterstützen oder mitmachen?

Dann trag dich im Kontaktformular auf pfausta.de unter „wie mitmachen?“ ein oder trete der großen Pfausta-Telegramgruppe (<https://0cn.de/pfausta>) oder Facebookgruppe (<https://t1p.de/pfausta>) bei.



Die Pandemie, die vom SARS-CoV-2 Virus ausgelöst wurde, hat es geschafft, sich mit ungekannter Geschwindigkeit auf der ganzen Welt auszubreiten – mit vielschichtigen Auswirkungen auf den Bereich der Gesundheit. Um nur zwei Beispiele zu nennen: Bis November 2021 wurden weltweit mehr als 5 Millionen Tote gezählt und es wurde für 2021 ein Rückgang der Weltwirtschaftsleistung um 5,2 % erwartet.

Angesichts dieser Realität haben die Regierungen diverse Strategien zur Abschwächung der Folgen dieser Krankheit entwickelt. Großmächte wie die Vereinigten Staaten haben Millionen von Dollar für die Bekämpfung der Pandemie ausgegeben. Dennoch hat sich die Effektivität der eingeführten Maßnahmen in der Welt in vielen Fällen als unzureichend herausgestellt, um die Fallzahlen zu reduzieren.

Vor diesem Hintergrund fällt auf, dass Kuba, eine kleine, unterentwickelte und seit mehr als 60 Jahren einer vernichtenden Wirtschafts- und Finanzblockade durch die USA unterworfen Insel ermutigende Ergebnisse in ihrem Umgang mit Covid-19 vorweisen kann. Bis zum Januar 2021 gab es in der karibischen Nation insgesamt 2808 bestätigte Fälle von SARS-CoV-2, was eine weitaus geringere Betroffenheit als in den Ländern

der nördlichen Hemisphäre ausweist.

Diese positiven Indizien für die Gesundheit in Kuba sind kein Zufall. Sie sind getragen von den Kräften des nationalen Gesundheitssystems, das entlang von 60 Jahren Revolution entwickelt wurde. Dazu zählt auch die Aufopferung der hochqualifizierten und engagierten Fachkräfte, von denen viele internationale Erfahrung haben. Es ist die Existenz einer öffentlichen Gesundheitsversorgung, die universell, kostenlos, inklusiv sowie unterstützt von einem System konsolidierter und frühzeitiger Behandlung ist.

Die Verfügbarkeit einer gesundheitlichen Infrastruktur und ausgezeichneter Wissenschaft in der Medizin, die bewusste Hinwendung des Staates zu einer umfassenden Finanzierung des Gesundheitssektors und sozialen Hilfen; die nationale, medizinisch-pharmazeutische Industrie mit innovativen Produkten und nicht zuletzt die wissenschaftlichen Potenziale, Antworten auf verschiedene Herausforderungen für die Gesundheit der Bevölkerung zu finden, kennzeichnen das kubanische System.

Diese Faktoren haben die Arbeiten zur Nachverfolgung, anschließender Isolation von Covid-19 Fällen und ihre Erforschung – nach den Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation – erleichtert. Das solide

System der Frühbehandlung, in Einklang mit den postulierten Inhalten einer „Erklärung für die Gesundheit aller“ aus dem Jahr 2000, hat es ermöglicht, dass die Behandlung positiver SARS-CoV-2 Fälle mit ihrer Nachverfolgung in den Gemeinden beginnt. Dies geht über zu den auf Erkrankte und Isolation von Verdachtsfällen spezialisierten Krankenhäusern und endet wiederum in der Gemeinde mit der Betreuung von Patient*innen durch den Familienarzt. Diese Arbeit vereint nicht nur das Gesundheitspersonal, sondern auch die Student*innen der Medizin mit den Freiwilligen der kubanischen Massenorganisationen, unter denen die Räte zur Verteidigung der Revolution (CDR), der Bund der Student*innen an den Universitäten (FEU), die kubanische Frauenorganisation (FMC) und die Vereinigung der jungen Kommunist*innen (UJC) eine herausragende Rolle spielen.

Außerdem erlaubt es die staatliche Führungsrolle, eine rechtzeitige Antwort auf die unterschiedlichen Herausforderungen, die durch die Pandemie hervorgerufen werden, zu finden. So etablierte die kubanische Regierung im Januar 2020 angesichts der Nachricht von einer Krankheit pandemischen Potenzials gemeinsam mit dem Gesundheitsministerium und den relevanten beteiligten Sektoren in Wirtschaft und Gesellschaft eine national vernetzte Gruppe, um Covid-19 angemessen entgegentreten zu können. Sie begann, wichtige wissenschaftliche, technische und professionelle Ressourcen zur Bekämpfung der Pandemie zu mobilisieren. Zugleich wurde ein „Plan zur Prävention und Kontrolle des Virus“ ins Leben gerufen.

Dieser ermöglichte es, als die ersten positiven Fälle auf der Insel bekannt wurden, dass bereits entsprechende Strukturen und Antworten auf die Pandemie bereitstanden. Mit Blick auf die Ausbreitung der Krankheit

auf Kuba wurden die CDR's einberufen. Außerdem nahm eine „Technische Temporäre Arbeitsgruppe“ ihre Arbeit auf, die sich aus Expert*innen (Akademiker*innen und Spezialisten der Universitäten, Forschungszentren und Pflegediensten) zusammensetzt. Ihre Aufgabe ist es, beratend und eng mit der Regierung zur Identifizierung des Ausmaßes und der Ausbreitung der Krankheit im Land zusammenzuarbeiten. Darüber hinaus werden Risiken und deren ‚Ernsthaftigkeit‘ abgeschätzt. Die Institutionen spielten in den vergangenen Monaten eine fundamentale Rolle im Management der Pandemiebekämpfung.

Weiterhin konnte Kuba auf die Unterstützung seiner medizinisch-pharmazeutischen Industrie bauen, die in der Lage ist, zu forschen, zu produzieren und der Bevölkerung Medizin und unerlässliche Behandlungen zur Verfügung zu stellen. Diese Industrie schaffte es trotz der enormen Einschränkungen durch die Blockade der Vereinigten Staaten, wertvolle Produkte zu entwickeln, die es dem Inselstaat erlauben, das Privileg technologischer Souveränität zu haben.

Dies ist ein zentraler Faktor, um die Anzahl von PCR-Tests signifikant ausweiten zu können, die täglich an den Kubaner*innen gemacht werden. Es wurde ein einheitliches, effektives und kostenloses Behandlungsschema im gesamten nationalen Gesundheitssystem geschaffen, sodass die kubanischen Impfstoffe [Stand November 2021 sind 89,5% der Bevölkerung gegen Corona geimpft, Kuba exportiert sogar den Impfstoff Abdala und Soberana 2, Anm. d.Red.] in einem internationalen Kontext, der bislang weit von einer (notwendigen) solidarischen Verteilung der Impfungen entfernt ist, die Nationalismen zu überwinden trachten.

All diese Aktionen wurden der Bevölkerung mittels eines Informationsnetzes aus Fernseh-



programmen, Werbekampagnen von öffentlicher Reichweite und einem System des Austausches zwischen Bürger*innen und Regierung mitgeteilt. Dies trug entscheidend dazu bei, gleichzeitig den Kampf gegen die „Infodemie“ aufzunehmen und eine erhöhte Sensibilisierung der Bevölkerung vor dem Hintergrund notwendiger Maßnahmen wie Abstand und Hygiene zu erreichen.

Diese Erfolge führten in Kuba zu einer ausgewiesen niedrigen Sterblichkeitsrate, verglichen mit den anderen lateinamerikanischen Staaten. Nichtsdestotrotz machte die Insel nicht Halt bei dem internen Management der Auswirkungen des Coronavirus. Aktuell stellt die karibische Nation – den Prinzipien der Solidarität und des Humanismus folgend, die ihre Politik seit mehr als 60 Jahren bestimmen – seine Bereitschaft unter Beweis, all jene Nationen zu unterstützen, die aufgrund ihrer, zuvor bestehenden und/oder durch die Pandemie verschärften Bedingungen besonders betroffen sind. Diese Kooperation erfolgt ohne etwaige Konditionierungen und mit Respekt vor dem internationalen Recht, der Souveränität, den nationalen Gesetzen, der Kultur und der freien Selbstbestimmung jener Staaten.

Auf diese Weise helfen 45 Brigaden des internationalen Kontingents von auf Katastrophen-

situationen und gefährliche Epidemien spezialisierten Ärzt*innen „Henry Reeve“ in 38 Ländern und Territorien mit insgesamt 3.772 Mitgliedern, von ihnen 2.399 Frauen, die insgesamt 255.372 Patient*innen behandelt und über 8.000 gerettet haben. Zudem gibt es weitere 28.000 Mitarbeiter*innen aus dem Gesundheitsbereich in 58 Ländern, die sich den jeweiligen nationalen und lokalen Anstrengungen zur Bekämpfung der Krankheit angeschlossen haben. Sie haben mehr als 83.268 an Covid-19 Erkrankte behandelt und bis dato 13.636 Leben gerettet. Hierzu veröffentlichte das kubanische Gesundheitsministerium seine Arbeitsprotokolle sowie die entworfene Strategie des nationalen Handelns gegen das Coronavirus. Es hat also seine Erfahrungen mit der Bekämpfung von Covid-19 in den kompetenten, multilateralen Foren bereitgestellt.

Eben diese Elemente erinnern daran, dass eine effiziente Arbeit, um Corona entschlossen zu begegnen, nicht qua Rührung von Nationalismen entwickelt werden kann, welche die Lieferung von Ressourcen an die hilfsbedürftigsten Nationen verhindern. Ebenfalls verbieten sich neoliberalen Programme, die die Ökonomisierung der Gesundheit und die Minimierung des Staates in der Gesellschaft vorantreiben. Die momentane Situation bedarf einer

koordinierten und solidarischen Antwort, die sich auf die staatliche Verantwortung für die Förderung der Gesundheit stützt.

Kuba ist der Beweis für die Stärken eines Gesundheitssystems, das sich auf diese Prinzipien stützt. Die kleine Insel, obwohl

sie mit der eigenen Unterentwicklung und den großen Hindernissen, welche ihr die US-Blockade aufzwingt, konfrontiert ist, schaffte es trotz allem ein System zu implementieren, das den Auswirkungen des Coronavirus auf nationaler und internationaler Ebene vorbeugt und diese lindert.

Roberto Jacinto Cabañas Vázquez & Aimé Triana Sevajanes, Kuba

Dieser Text erschien ursprünglich auf: berichteushavanna.de

Das Proyecto Tamara Bunke

In den Medien wird ständig über Kuba berichtet und so langsam blickst du nicht mehr durch? Du ahnst, dass die USA, nachdem sie Kuba jahrelang bekämpft und boykottiert haben, nicht ernsthaft daran interessiert sein können, dem Land nun zu helfen? Dich verwirrt die widersprüchliche Berichterstattung? Dann bist du bei uns genau richtig!

Wir ermöglichen jungen Menschen für mindestens sieben Monate nach Kuba zu gehen und die Entwicklungen mit eigenen Augen zu beobachten. Dabei ist es uns völlig egal, ob du gerade mit der Schule fertig bist, mitten im Arbeitsleben stehst oder ein Auslandssemester in deinem Studium machen möchtest. Was du mitbringen solltest? Interesse an Kuba und die Bereitschaft, deine Erfahrungen in Form von Artikeln anderen Menschen zur Verfügung zu stellen.

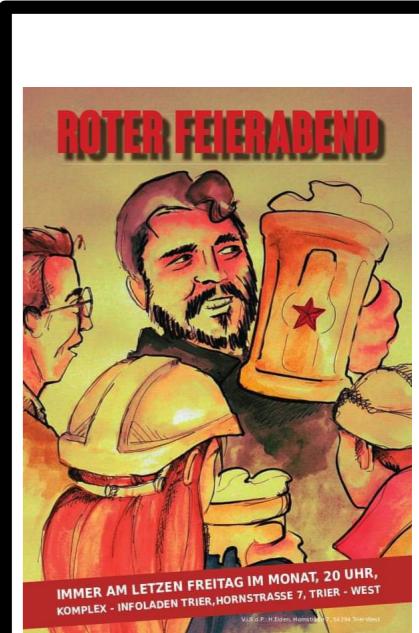
Die polytechnische Universität von Havanna, die CUAJE, bietet jungen Leuten die Möglichkeit, Cuba kennen zu lernen. Sie bietet bestimmte Kurse an, die völlig unabhängig davon belegt werden können, ob man in Deutschland studiert oder jemals vor hat zu studieren. Es geht viel mehr darum, die Realität des kubanischen Sozialismus sowohl über die Theorie, als auch die Praxis kennenzulernen.

Am Department für Marxismus der CUAJE könnt ihr gesellschaftswissenschaftliche Kurse belegen, um einen ganz besonderen Einblick in den cubanischen Sozialismus zu bekommen. Angeboten werden zum Beispiel „Geschichte Kubas“, „Die marxistische Philosophie“, „Politische Ökonomie des Kapitalismus“ und „Politische Ökonomie des Aufbaus des Sozialismus“. Für Studierende ist es in einigen Fällen sogar möglich, sich die Kurse für das Studium in Deutschland anrechnen zu lassen. All diejenigen, die bisher nicht studieren, brauchen sich aber keine Sorgen machen. Die Kurse finden in kleinen Gruppen statt und es kann sehr stark auf eure individuellen Bedürfnisse eingegangen werden. Um diese Kurse belegen zu können, aber vor allem um sich mit Kubaner*innen unterhalten zu können, ist es unbedingt notwendig, dass ihr Spanisch lernt. Ihr solltet bereits ein wenig Vorwissen mitbringen, doch auf Kuba steigt ihr zusätzlich direkt mit einem Sprachkurs ein. Weil die CUAJE eine ziemlich große Uni ist, gibt es natürlich auch noch viel mehr Kurse, die dort belegt werden können, über die ihr euch bei uns informieren könnt.

Neugierig geworden?

Lies mehr unter: <https://www.berichteushavanna.de/das-projekt/>

Oder schreib an: berichteushavanna@yahoo.de



ROTER FEIERABEND

Stress auf der Arbeit, wieder viel zu viele Überstunden gemacht und den Chef interessiert mal wieder nicht wie es Dir geht?

Wir kennen das!

Und was hilft besser gegen all den Scheiß auf der Arbeit als ein Bier unter Gleichgesinnten, daher laden wir Dich ein zu unserem Roten Feierabend ein!

Egal ob Du dich über den Job auskotzen oder einfach nur in entspannter Atmosphäre ein kühles Bier genießen willst, du bist herzlich eingeladen.

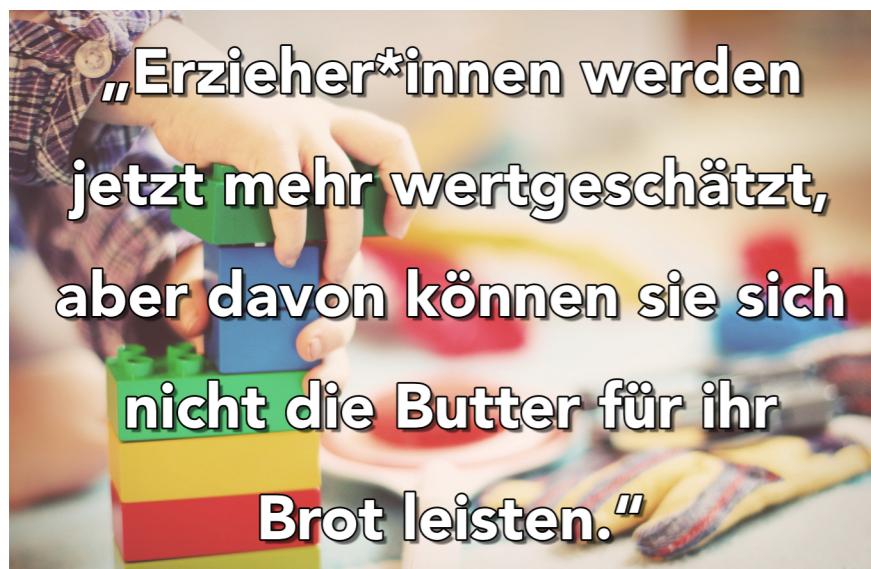
Immer am letzten Freitag im Monat um 20 Uhr im Komplex - Infoladen Trier

Fällt pandemiebedingt evtl. aus, bitte vorher unter <https://roterfeierabend.wordpress.com> informieren

#UnblockCuba
**Wirtschaftskrieg
gegen Kuba
beenden!**



**Informiere Dich!
Werde aktiv!**
www.unblock-cuba.org



Wir haben uns mit Martin* unterhalten, der als Erzieher einer katholischen Kindertagesstätte in der Nähe von Trier arbeitet. Im Rote Spritze-Interview sprach er mit uns über Schwierigkeiten im Erzieherberuf, über Chancen und Grenzen im Alltag und über praktische Solidarität

Rote Spritze (RS): Du bist Erzieher in einer Kindertagesstätte. Warum hast Du diesen Beruf gewählt?

Martin: Ich habe mich bewusst für diesen Beruf entschieden, da er für mich, fernab von der Notwendigkeit der Lohnarbeit, eine sinnvolle, aber auch eine gesellschaftlich notwendige Tätigkeit darstellt. Meines Erachtens gilt letzteres auch unabhängig von der jeweiligen, konkreten Organisation der Gesellschaft. Kinder bei ihrer Entwicklung, hin zu einem selbstbestimmten und kritischen Subjekt zu begleiten und zu unterstützen finde ich für mich persönlich wesentlich sinnvoller, als gezwungenermaßen meine Arbeitskraft bei einem beliebigen Unternehmen x zu verschleudern, damit dieses in der (internationalen) Konkurrenz die Nase vorn hat.

RS: Wie sind die Arbeitsbedingungen insgesamt bei dir im Haus?

Martin: Die Arbeitsbedingungen korrelieren stark mit den

Martin: Gewerkschaftliche Organisation spielt aus meiner Sicht (im pädagogischen Alltag) eher keine Rolle. Des Weiteren weiß ich nicht, welche Arbeitskolleg*innen, auch aus anderen Einrichtungen, gewerkschaftlich organisiert sind. Demnach fällt es mir schwer, belastbare Zahlen zum Organisationsgrad (vor Ort) zu nennen.

RS: Was denkst Du, warum so wenige Erzieherinnen und Erzieher gewerkschaftlich organisiert sind?

Martin: Die strukturellen Rahmenbedingungen, wie z.B. in Einrichtungen mit einem religiösen Träger, prägen sicherlich die Haltung der Erzieher*innen, denn eine Mitgliedschaft bei einer Gewerkschaft bleibt, vor dem Hintergrund der dortigen arbeitsrechtlichen Grundlage, abstrakt und wird darüber hinaus, im besten Fall, als wenig effektiv für die eigene Arbeitssituation oder, im schlechtesten Fall, als komplett sinnlos wahrgenommen. Schade finde ich, dass der Fokus zur Beurteilung einer Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft dabei auf den eigenen Dunstkreis beschränkt bleibt und scheinbar nicht gesehen wird, dass es auch um eine solidarische Haltung gegenüber den Kolleginnen geht, die ich vielleicht nicht kenne, die aber die gleichen Interessen teilen. Darüber hinaus müssen sich Gewerkschaften wie ver.di oder GEW durchaus die Frage gefallen lassen, ob ihre bisherige Anstrengungen ausreichen, um pädagogische Fachkräfte aktiv zu organisieren und dementsprechend auch zu beteiligen.

RS: Am 1. Juli 2021 ist das "neue Kita-Gesetz" für Rheinland-Pfalz in Kraft getreten, das die Landes-Ampelregierung gegen den Protest der Gewerkschaften beschlossen hat. Was genau hat es mit diesem Gesetz auf sich? Wie hat sich das Gesetz auf Deine Arbeit in der Kita bisher ausgewirkt?

Martin: Das „neue Kita-Gesetz“ weitet u.a. den Betreuungsumfang für die Kinder aus, d.h. konkret, dass jedes Kind einen Anspruch auf eine siebenstündige Betreuung, inklusive einer warmen Mahlzeit, hat. Darüber hinaus werden die Bemessungsgrundlagen für den Personaleinsatz neu aufgestellt und die Zeiterfassung der Betreuungszeit soll nun effektiver erfolgen. Bisher waren für die Personalbemessung die Gruppen einer Einrichtung die Grundlage. Mit dem „neue Kita-Gesetz“ wird dieses Modell durch eine „stundengenaue platzbezogene“ Personalbemessung abgelöst. Im Zuge der ersten Entwürfe dieses Gesetzes war die Berechnung des Personaleinsatzes Teil der Auseinandersetzung zwischen der Landesregierung und Gewerkschaften sowie konfessionellen Trägern. Dank des heftigen Widerstands aus dem Lager der Gewerkschaften und der konfessionellen Träger, konnten auf dem Gebiet des Personaleinsatzes gegenüber dem Gesetzgeber tatsächlich Teilerfolge erzielt werden. Ob das in der Praxis allerdings ausreicht, wird sich in der Zukunft zeigen. Aus der Praxis hörte ich immer wieder die Befürchtung, dass spezielle Einrichtungen wie z.B. die Spiel- und Lernstuben durch die sozialraumorientierte Budgetierung strukturell durch die Kita-Novelle benachteiligt würden. Weiterhin habe ich die Befürchtung, dass es vor dem Hintergrund der sowieso schon schwierigen Arbeitsbedingungen zu einer zusätzlichen



Belastung durch Mehrarbeit und Arbeitsverdichtung kommen wird. Bspw. werden konkret mehr Zweijährige Einzug in die gemischten Altersgruppen ab 3 Jahren halten. Dass der Betreuungs- und Pflegeaufwand für diese Kinder wesentlich höher als bspw. bei einem Vorschulkind ist, liegt eigentlich auf der Hand. Darüber hinaus fragen sich sicherlich viele Kolleg*innen, wie die Arbeitssituation während der Mittagszeit aussehen wird.

RS: Welche Auswirkungen hat die angespannte Personalsituation auf die Mitarbeiter*innen der Kindertagesstätten?

Martin: In meinem Umfeld sehe ich viele sehr engagierte aber chronisch gestresste, gefühlt kurz vorm Burnout stehende Fachkräfte, die auch vor unbezahlter Mehrarbeit zu Hause nicht zurückschrecken, um den ganzen Aufwand (Dokumentation, Vorbereitung von Aktivitäten, Portfolioarbeit, etc.) bewältigen zu können. Ich beobachte auch ältere Kolleg*innen, die aus Selbstschutz Dienst nach Vorschrift ableisten und der Rente entgegenziehen. Dass diese Auswirkungen weder für die Arbeiter*innen noch für die Kinder optimal sind, liegt auf der Hand und da helfen beim besten Willen auch keine Konzepte zur Optimierung des Selbst, sondern eigrundlegender Wandel der Arbeitsbedingungen.

RS: Was denkst Du, was sinnvoll wäre, nun zu tun, um für Kinder, Eltern und Kolleg*innen eine bessere Kita zu schaffen?

Martin: Der Beruf des Erziehers hat sich in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich professionalisiert und das ist auch gut so, denn pädagogische Fachkräfte sind nicht die Personen, die sich mit Kaffee trinken und spielen die Arbeitszeit vertreiben. Leider ist dieses Bild, aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive, immer noch viel zu präsent. Okay! Erzieher*innen werden jetzt mehr wertgeschätzt, aber davon können sich die Arbeiter*innen nicht die Butter für ihr Brot leisten. Eine der Verantwortung entsprechende Entlohnung wäre sicherlich ein guter Anfang. Darüber hinaus braucht es größere Einrichtungen mit kleineren Gruppen und mehr Personal, damit die Fachkraft-Kind-Relation auf ein erträgliches Maß gebracht wird. Wir brauchen darüber hinaus mehr Verfügungszzeit, um bspw. endlich angemessene, bedürfnis- und ressourcenorientierte Angebote/Aktivitäten zu planen und Entwicklungsdokumentationen zu verfassen, die den jeweiligen Stand der Entwicklung des Kindes passgenau erheben. Multiprofessionelle Teams sind dringend notwendig, um den ganzen Verwaltungs-, Pflege- und Betreuungsaufwand gerecht zu werden und u.a. Kinder mit besonderem Förderbedarf nicht auf der Strecke zu lassen. Darüber hinaus muss aber auch ein Wandel in den Köpfen der pädagogischen Fachkräfte stattfinden. Anstatt sich mit einem aufopferungsvollen Held*innenhabitus dem Burnout zu nähern und in der eigenen Komfortzone zu suhlen, dabei zeitgleich im stillen Kämmerlein oder in der privaten Whatsapp-Gruppe über die derzeitige Lage zu echauffieren, wünsche ich mir selbst sowie meinen Kolleg*innen mehr Kraft, sich sowohl für die eigenen Interessen als auch für die Interessen der Kinder einzusetzen.

Der Kampf geht weiter

Der Wahlkampf war für uns als kleine Partei eine anstrengende aber vor allem eine lehrreiche, spannende Zeit. Wir konnten die Zeit nutzen, um mit den Menschen ins Gespräch zu kommen und darüber zu sprechen, wie eine andere Gesellschaft möglich ist. Wie wir es schaffen, anstelle von Ausbeutung, Ausgrenzung, Stress, Leid und Krieg, Anerkennung, Wertschätzung und Solidarität zu erreichen. Dass uns dabei so viele Menschen unterstützt haben, hat uns sehr gefreut und wir sehen es als Zeichen dafür, dass viele Menschen genug vom rauen Alltag der kapitalistischen Ausbeutung haben. Egal ob ihr mit uns Gespräche geführt, für uns Flyer verteilt, unsere Plakate aufgehängt oder uns gewählt habt: **Vielen Dank!**



Wahlen sind eine politisierende Zeit, doch wir wissen, dass sie keine grundlegenden Verbesserungen für uns Lohnabhängige bringen. Daher bleiben wir auch nach der Wahl an der Seite unserer Kolleg:innen sowie aller Menschen, die von diesem System unterdrückt werden und unterstützen sie in ihren Kämpfen, egal ob auf der Arbeit oder in der Gesellschaft. Denn ein besseres Leben, das können wir uns nur selbst schaffen.

Liebe Kolleg:innen: Mit dem Pflege.Aufstand am 11.09.21 ist es gelungen, ein deutliches Zeichen gegen die Ausbeutung der Pflege zu setzen. Die gewerkschaftliche Organisierung der Belegschaft steigt. Das sind gute Nachrichten und wir werden weiterhin mit euch dafür kämpfen, dass die Pflege endlich anständig entlohnt und personell entlastet wird!

Du willst etwas tun gegen Ausbeutung von Mensch und Natur?

Schreib uns an dkp-trier@riseup.net und werde aktiv in der DKP!